

Ein Plan mit vielen großen Zielen



KURIER
Leserbriefe

REDAKTIONELLE LEITUNG
CHRISTIAN BARTOS

In seiner Grundsatzrede in Wels hat Bundeskanzler Kern seine Vision für die Zukunft Österreichs entworfen.

Nicht überzeugt

Warum ich Kern nicht wählen werde? Seit seiner Veranstaltung in Wels weiß ich es sicher. Ein Kandidat, der so viel verspricht, nimmt die Menschen, seine Wähler, nicht ernst. Wer gleichzeitig einen Mindestlohn von 1500 Euro anbietet und Tausende Arbeitsplätze verspricht, kennt die Zusammenhänge der Wirtschaft nicht.

Das ganze Preisniveau steigt nämlich mit und nur der Finanzminister profitiert. Viele Jobs gehen sich nicht mehr aus und es gibt viele neue Arbeitslose. Arbeitsplätze bekommt man, wenn die Regierung sparsam haushaltet und die Steuern und Abgaben senkt und unnötige Schikane abschafft.

Das Schlimmste aber, er möchte unsere Demokratie noch weiter verwässern durch ein Mehrheitswahlrecht. Schade, dass er nie in der Schweiz war, sonst wüsste er, dass dort die Menschen mitbestimmen, was dem Land sehr gut tut. Doch vor den Menschen, sogar den eigenen Parteimitgliedern, fürchten sich die Genossen ja wie der Beelzebub vor dem Weihwasser.

Peter Stumvoll
1160 Wien



Zumindest für österreichische Verhältnisse war das eine Kanzlerrede völlig neuen Stils

Kontakt verloren

Wenn sich der SPÖ-Chef Kern in Wels bei den ehemaligen, verloren gegangenen SPÖ-Mitgliedern und Wählern entschuldigt hat, dann war das überfällig. Sein Vorgänger Faymann hat das zu lange negiert oder gar nicht bemerkt. Eine Partei mit mehr als 100-jähriger sozialdemokratischer Tradition darf nie vergessen, wem sie eigentlich ihre Existenz verdankt. Der Politologe Prof. Leser, hat schon Jahre davor gewarnt: „Der SPÖ laufen die Arbeiter davon“. Aber dieser berechnete Aufschrei hat anscheinend die Parteizentrale nie erreicht.

Franz Schramböck
4020 Linz

Nicht reden, tun!

In vielen Reden unserer Spitzenpolitiker werden Schaffung von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Mindestlöhne, Senkung der Lohnnebenkosten, usw. „gefordert“. Eigentlich könnten sie alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, denn sie regieren ja! Durch einen höheren Mindestlohn ist die „Lohnflucht“

in Billiglohnländer kaum zu verhindern. Viel effizienter ist die angekündigte Maßnahme von Präsident Trump, amerikanische Firmen, die aus „Lohngründen“ im Ausland produzieren, mit hohen Strafzöllen zu bewegen, mehr Investitionsvorhaben im Inland zu belassen.

Es wird auch bei uns höchste Zeit, politische Realitäten nicht zu ignorieren, sondern gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen (gegebenenfalls mit der EU), um vor allem Arbeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen im Inland zu halten.

Ing. Dieter Seidel
4400 Steyr

Reine Show

Die Entschuldigung bei den roten Wählern war reine Heuchelei. Und diese ewigen Versprechungen von der Schaffung von Arbeitsplätzen, Steuersenkungen und Reduzierung der Arbeitslosen usw. hat das Volk schon hunderte Male gehört, wo man doch schon jahrelang Zeit gehabt hätte, dies zu verwirklichen. Und was ist geschehen, nichts und das wird auch in

Zukunft nicht geschehen! Dieser Auftritt war nichts als eine gut inszenierte Show!

Manfred Hofer
via kurier.at

Überzeugend

Das war alles andere als das übliche Blabla! Wenn er so weitermacht, werde ich zum ersten Mal in meinem Leben SPÖ wählen...

Thomas Müntzer
via kurier.at

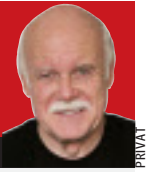
Begeistert von KURIER-Serien

Tägliche Lesefreude

Als jahrzehntelanger treuer und begeisterter KURIER-Leser und Abonnent ist dies mein allererster Leserbrief: Gratuliere zum Niveau Ihres Blattes – und vor allem der in letzter Zeit immer besser gewordenen Serien! Es ist mir täglich wirklich eine Freude, den KURIER aus dem Postkasten zu holen, Ihre Leitartikel zu lesen und mich über die Pammesberger-Karikaturen zu amüsieren.

Manfred Grünwald
per eMail

Gastkommentar



VON HERBERT PAUKERT

Streitfall Schule

Wieder haben österreichische Schüler am Abschluss ihrer Pflichtschulzeit in einem internationalen Test nur durchschnittliche Leistungen erbracht. Statt die Probleme offen und konstruktiv zu lösen, streiten Politiker und Gewerkschafter schon jahrelang über Ideologien und Statistiken.

Heterogenität

Ein Kernproblem ist, dass in unsere Sekundarstufe Kinder mit sehr unterschiedlichem Bildungsgrad eintreten. Diese Heterogenität wird noch verstärkt durch Flüchtlingskinder aus bildungsfernen Familien. Frühzeitige Selektion in getrennte, unterschiedliche Schulformen ist diskriminierend und ungerecht. Stattdessen sollte in einer gemeinsamen Schule in kleinen homogenen Lerngruppen differenziert unterrichtet werden. Dazu ist die Gliederung des Lernstoffes in eine wohldefinierte Basis und in Erweiterungen unbedingt notwendig. Bei einer vernünftigen Aufteilung der Ressourcen ist ein solches Schulsystem wirtschaftlich durchaus realisierbar.

Klassengröße

Einige „Schulexperten“ behaupten, dass der Lernerfolg nicht von der Klassengröße abhängt. Das ist Unsinn. Je größer die Klasse, umso größer der störende Lärmpegel – gerade in einer Zeit von multimedialen Hirnzersplitterungen und Aufmerksamkeitsdefiziten der Kinder. Umso größer ist auch der Energieaufwand des Lehrers, das Hintergrundrauschen zu reduzieren. Diese Energie fehlt ihm dann beim eigentlichen Unterrichten. Eine Hilfe wäre, wenn Disziplin und

Ordnung eine größere Gewichtung hätten. Das ist aber nicht der Fall.

Einige „Schulexperten“ behaupten, dass auch in sehr heterogenen Klassen erfolgreich unterrichtet werden kann (Binnendifferenzierung). Das ist Unsinn. In solchen Klassen ist der schlechte Schüler überfordert, der gute Schüler langweilt sich, der Lehrer ist überlastet und brennt aus. Weil sich der Lehrer zumeist nach den schlechten Schülern richtet, sinkt das Niveau des Unterrichts.

Lernerfolg

Ein nachhaltiger Lernerfolg hängt von drei Bedingungen ab: dem Schüler-Lehrer-Verhältnis, der Motivation und der Ausdauer. Im Idealfall besteht zwischen Schüler und Lehrer eine vertrauensvolle, respektvolle Beziehung, die in großen Klassen nur schwer möglich ist. Gut ausgebildete Lehrer sollen Vorbilder sein und ihre Schüler für Lerninhalte begeistern, sie individuell fördern und sie ermutigen mit Fleiß und Ausdauer zu lernen. Dann wird sich auch eine entsprechend gute Leistung ergeben.

Neue Schule

Ein optimaler, individualisierter Unterricht ist nur in kleinen, homogenen Lerngruppen mit durchlässigen Übertritten möglich. Warum kann das nicht in einer gemeinsamen, differenzierten Schule aller 10- bis 15-Jährigen realisiert werden – zumal die AHS-Unterstufe in den Großstädten bereits eine undifferenzierte Gesamtschule ist, und die derzeitige NMS größtenteils ungenügende Ergebnisse liefert.

Mag. Herbert Paukert war AHS-Lehrer und verfasst gratis Lernmaterialien zum Download: „www.paukert.at“



GASTKOMMENTAR

Israel – Palästina: Die Zwei-Staaten-Lösung ist de facto tot



Gastkommentar

VON FRITZ EDLINGER

Die am 23. 12. 2016 beschlossene Resolution Nr. 2334 des UN-Sicherheitsrates hat in Israel größte Empörung ausgelöst, sie hat aber auch einige Grundsatzfragen bezüglich des Völkerrechts aufgeworfen.

Das Jahr 2017 hat nicht nur besondere Bedeutung sowohl für Israelis als auch Pa-

lästinenser, es könnte auch zu weitgehenden Entscheidungen in einem seit 70 Jahren ungelösten Konflikt kommen. In diesem Jahr jährt sich die sog. Balfour-Deklaration, in dem die britische Regierung den Zionisten Palästina als „nationale Heimstätte“ versprochen hat, zum 100., die UN-Resolution, in dem eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Teil beschlossen worden ist, zum 70. und die Eroberung sämtlicher palästinensischer Gebiete im Zuge des 6-Tage-Krieges zum 50. Male. Es würde den Rahmen dieses Kommentars bei Weitem sprengen, auf die vielfältigen Hintergründe dieser Ereignisse einzugehen.

Gehen wir zur UN-Resolution 181 aus 1947 zurück: Die dort verlangte Teilung des Landes und die Schaffung zweier Staaten ist bis heute nicht verwirklicht. Verschiedenste spätere Versuche, diesen nicht vorankommenden Prozess zu beschleunigen, sind ebenso gescheitert. Die Zwei-Staaten-Lösung ist nach wie vor totes Recht. In diesem Zusammenhang ist es interessant, an den Staatengründer Israels, David Ben Gurion, zu erinnern, der bereits 1937 in einem Brief an seinen Sohn Amos erklärte, dass die Schaffung eines jüdischen Staates auf einem Teil des Landes nicht das Ende sondern der Beginn sein und es

die historische Aufgabe sein werde, das gesamte Land zu „befreien“. Es gäbe noch jede Menge anderer, auch aktuellerer, Zitate führender israelischer Politiker, welche beweisen, dass die Errichtung von „Eretz Israel“ von Anbeginn an Ziel der Zionisten war und auch bis heute ist. Diese seit Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 verfolgte Politik spricht eine deutliche Sprache. Man hat keine Chance verpasst, zusätzliches Territorium zu besetzen, durch militärische Gewalt oder durch administrative Winkelzüge.

Apartheid-Existenz

Die Ereignisse des Jahres 1967 und die darauffolgende

systematische – völkerrechtswidrige – Besetzung palästinensischer Gebiete beweisen eindeutig die Absichten. Dies ist auch der tiefere Grund, warum Israel Resolutionen gegen die Siedlungspolitik vehement verhindern möchte. Der Transfer von Siedlern (seit 1993, der sogenannten Oslo-Erklärung, sind rund 600.000 Israelis in die palästinensischen Gebiete verpflanzt worden!) ist nicht einfach nur ein Hindernis für einen Frieden, er stellt die schrittweise Verwirklichung der alten Pläne eines jüdischen Staates vom Mittelmeer bis zum Jordan dar. Diese Pläne verfolgen die Netanjahus, Liebermanns und Bennetts. Hier ist kein Platz

für einen eigenständigen palästinensischen Staat, die Palästinenser müssen eine Apartheid-Existenz akzeptieren oder auswandern. Was damit auch auf der Strecke bleibt, ist das Völkerrecht.

Fritz Edlinger ist Generalsekretär der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabisches Beziehungen“. Von 1971–1973 war er Bildungssekretär der Sozialistischen Jugend Österreich und anschließend bis 1976 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Er arbeitete später als Pressereferent des Bundesministers für Bauten und Technik, als Verleger und selbstständiger PR-Berater sowie als Konsulent verschiedener österreichischer Unternehmen.